



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 209 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/117

Hannover, 17. September 1949

Gewerkschaften und Regierungspolitik

=====

R.D. Gleichsam als ruhender Pol in der Flucht der politischen Erscheinungen schweben die Gewerkschaften über dem Tageskampf für und gegen das bisher in mehr oder weniger verbindlicher Form angedeutete Regierungsprogramm Dr. Adenauers. Daran hat auch der formale Auflösungsbeschluss des DGB nichts geändert. Die Gewerkschaften haben als politischer Faktor keineswegs zu existieren aufgehört, wenngleich sie nie ein parteipolitischer Faktor waren.

Die bisherige Haltung der Gewerkschaften hat, je nach Parteibuch der Schlussfolgernden, zu verschiedenen Interpretationen geführt. Das eine Mal wurde von einer künftigen "Opposition", das andere Mal von einer Toleranz der Gewerkschaften gegenüber einer kommenden Bundesregierung gesprochen. Soweit diese Interpretationen nicht zweckbestimmt sind und die Gewerkschaften zu konkreten Erklärungen veranlassen sollen, haben sie den Charakter durchsichtiger Unterstellungen, die an der erklärten parteipolitischen Neutralität der Gewerkschaften absichtlich vorbeigehen, oder aber sind es Darstellungen von Leuten, denen der Unterschied von Parteien und Gewerkschaften immer noch nicht klar ist.

Die Gewerkschaften haben vor den Wahlen den Parteien eine Reihe von Fragen vorgelegt, deren Lösung nur auf der politischen Ebene erfolgen kann, bzw. die der Unterstützung der politischen Parteien in den Parlamenten bedürfen und ihren Mitgliedern empfohlen, nur die Parteien zu wählen, die zur Lösung dieser Frage ihre Unterstützung zusicherten. Sie haben dabei selbst nicht Partei bezogen. Fast alle Parteien haben in ihren Antworten an die Gewerkschaften und in ihren Wahlproklamationen mehr oder weniger klare Zugeständnisse an die Gewerkschaften gemacht. Die Stellung der Gewerkschaftsmitglieder und damit zwangsläufig ihrer Organisation wird natürlich bestimmt sein von der Qualität der gegebenen Zusagen, wobei als Masstab der bisherige politische Kurs der betreffenden Partei von grosser Bedeutung ist. Bei Aufstellung ihrer

17. September 1949

Forderungen haben die Gewerkschaften weder Rücksicht auf die Programme der Parteien genommen, noch werden sie zugunsten irgendwelcher Par-

teien und deren Programme auf ihre Forderungen verzichten. Diese aber sind allein das Ergebnis des auf den Gewerkschaftskongressen de-

mokratisch ermittelten Willens aller Gewerkschaftsmitglieder, ohne Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zu einer Partei. Sie sind formuliert

aus den Erfahrungen eines hundertjährigen Kampfes um die gerechte Verteilung des Sozialproduktes, in dem der Erfolg von dem jeweiligen Be-

sitz der gesellschaftlichen u. wirtschaftlichen Machtpositionen vorausbestimmt war.

Um diese Neuverteilung der Ausgangsstellungen für eine wirtschaftlich und sozial gerechte Ordnung in Deutschland geht es heute.

Die Gewerkschaften halten es dabei für ihre Pflicht, dem arbeitenden Menschen seinen ihm bisher vorenthaltenen Anteil am Mitbestimmungsrecht

in Wirtschaft und Gesellschaft zu sichern, alle privat- und partei-egoistischen Spekulationen mit der menschlichen Arbeitskraft und ihren

Ergebnissen zu verhindern und unter Wahrung der individuellen und politischen Freiheiten und konfessionellen Toleranz für die Sicherung

der Lebensexistenz der Arbeitenden zu sorgen. Dazu haben sie ihre bekannten Forderungen aufgestellt, deren Erfüllung auf dem Kongress in

Hannover erneut gefordert wurde.

Wenn nun gewisse Parteien, zwischen ihren Wahlversprechungen und ihrer politischen Praxis jonglierend, Gegensätze mit den Auffas-

sungen der Gewerkschaften konstruieren möchten; wenn sie ihre eigene Mitgliedschaft mit doppelzüngigen Interpretationen ihres Programms

in Gewissenkonflikte stürzen und durch diese in ihnen begründete Ursache Unruhe in die Kreise der Gewerkschaften tragen; wenn sie gar

diese Unruhe zur Schwächung der Gewerkschaften und zur Ausbau ihrer Machtpositionen auszunutzen gedenken, denn allerdings könnte es sein,

dass die Gewerkschaften sich genötigt sehen, eindeutig Partei gegen Parteien zu beziehen. Die Grenze der gewerkschaftlichen Toleranz wird

bestimmt von der Toleranz gegenüber den Gewerkschaften. Aus dem Wahlausgang an sich besteht jedoch kein Grund zu irgendeiner Kampfstellung;

solange sich die Parteien an ihre gegebenen Versprechen halten, sowohl gegenüber den Gewerkschaften wie ihrer Mitgliedschaft, was in-

nen umso leichter fallen muss, als sie ja niemand zu ihren Versprechungen gezwungen hat.

17. September 1949

Das Problem der arabischen Flüchtlinge im Lande Israel

W.L. - Vor kurzem fanden die Verhandlungen über die Aufnahme des Staates Israel in die UNO statt. Einige Staaten, besonders die skandinavischen, hatten wissen lassen, dass sie nicht unerhebliche Bedenken gegen die Aufnahme Israels hätten. Einige haben sich denn auch bei der Abstimmung der Stimme enthalten.

Schweden ist - nicht mit Unrecht - darüber ungehalten, dass die israelische Regierung immer noch nicht den längst fälligen Bericht

über die Untersuchung des Mordes an dem Grafen Bernadotte vorgelegt hat. Dänemark und Norwegen aber haben ernste Bedenken wegen der -

ihrer Ansicht nach - völkerrechtswidrigen Art, in der die israelische Regierung sich gegenüber den arabischen Flüchtlingen verhält. Beide

Staaten nehmen besonders daran Anstoss, dass Israel sich weigert, den geflüchteten Arabern, oder auch nur einem Teil von ihnen, die Rück-

kehr in die innerhalb ihres eigenen Staatsgebietes gelegene ehemalige Heimat zu gestatten. Man vergisst dabei, dass 40.000 Araber Haifa

auf Veranlassung ihrer eigenen Führung und der Engländer gegen den ausdrücklichen Wunsch der jüdischen Behörden und Bevölkerung verlies-

sen. Die Juden sehen diesen Exodus damals mit sehr gemischten Gefühlen, weil er zweifellos von militärischen Gesichtspunkten diktiert

war. Ein rein jüdisches Haifa konnte man dann nämlich mit Flugzeugen und Ferngeschützen bombardieren, ohne das Leben auch nur eines Ara-

bers in Gefahr zu bringen. Wenn heute die Juden als die Vertreiber der Araber dargestellt werden, so entspricht das nicht den histori-

schen Tatsachen.

Es gibt bei diesem Problem aber noch mehr, bisher wenig beachtete Gesichtspunkte: Die offiziell angegebene Zahl der Flücht-

linge ist stark übertrieben. Man hat, wenn man von illegaler Einwanderung gesprochen hat, immer nur die Juden erwähnt, nie aber die

wich illegal in Palästina aufhaltenden Araber, die während der Zeit des englischen Mandats aus den umliegenden arabischen Ländern, be-

sonders aus Syrien und Transjordanien in das Land sickerten, weil sie dort eine erheblich bessere Existenz finden konnten als in ih-

rer rückständigen Heimat. Ausserdem liegen Nachrichten darüber vor, dass sich dem Flüchtlingsstrom noch nachträglich viele der jedem

Kenner Palästinas vertrauten Elendsgestalten angeschlossen haben, weil es ihnen wahrscheinlich innerhalb dieser Gemeinschaft immer

noch besser geht.

17. September 1949

Die Kommissionen von Politikern und Geistlichen aber, die über diese Verhältnisse einen Augenzeugenbericht geben sollen, kennen nur den Standard europäischer Lebensverhältnisse und haben gar keine Ahnung, unter welchen Bedingungen Araber normalerweise in Ägypten, Hausran, oder im Irak leben müssen. Die reichen Grundbesitzer, die Paschas und Effendis rühren keinen Finger und geben keinen Pfennig zur Linderung der Not ihrer eigenen Stammesbrüder. Diese Gesichtspunkte jedenfalls werden die Vertreter des Staats Israel bei der UNO gegenüber den Vorbehalten Dänemarks und Norwegens mit aller Eindringlichkeit geltend machen und es erscheint sehr fraglich, ob die beiden skandinavischen Vertreter solchen zum Teil aktenkundig beweisbaren Tatsachen sich verschliessen können.

Grotewohl: Vorbehaltlos Potsdam

A.F. - Grotewohl hat in der letzten Nummer der von der kommunistischen Gewerkschaft CGP in Paris herausgegebenen Zeitschrift "Cahiers Internationaux" einen langen Artikel über das "Deutsche Problem" veröffentlicht. Neben den üblichen, masslosen Angriffen gegen die SPD und alle demokratischen Kräfte der Welt, verteidigt Grotewohl darin bedingungslos die russische Besatzungs- und Reparationspolitik und versicherte, Deutschlands Einheit könne nur durch die vorbehaltlose Anwendung des Abkommens von Potsdam wieder hergestellt werden. Mit der Unwissenheit des kommunistischen Lesers in Frankreich rechnend, leistete sich Grotewohl auch die groteske Versicherung, die Westmächte hätten durch ihren diktatorischen Eingriff die Vereinigung der SPD mit den Kommunisten in den Westzonen vereitelt.

* - - - *

Organ der osteuropäischen Sozialdemokraten

(ep) Die am 5. Juli in London gebildete "Sozialistische Union Zentral-Osteuropas", in der die Sozialistische Partei Bulgariens, die tschechoslowakische Sozialdemokratische Partei, die Sozialdemokratische Partei Ungarns, die polnische Sozialistische Partei und die jugoslawische Sozialistische Partei vertreten sind, hat sich jetzt ihr eigenes Sprachorgan geschaffen. Es trägt den Namen "Labour's Call from behind the Iron Curtain" (Ruf der Sozialisten von jenseits des Eisernen Vorhangs) und enthält in seiner ersten Nummer als Leitartikel einen Beitrag des Generalsekretärs der englischen Labour Party, Morgan Phillips, über das Thema "Demokratischer Sozialismus in der Nachkriegswelt". Vilem Bernard schreibt über "Prager Furcht vor Titoismus", Antal Ban behandelt die "Neue Ungarische Verfassung", Izré Szelig berichtet über "Fünf Jahre nach der Befreiung" und Adam Cielkosz beleuchtet unter der Überschrift "Mehr und mehr" die Entwicklung der polnischen Arbeiterbe-

P/IV/117

* 5 *

17. September 1949

wegung im letzten Jahr. Es sei sinnlos, schreibt Morgan Phillips, abzustreiten, dass der demokratische Sozialismus sich zur Zeit, von Eng-

land und Skandinavien abgesehen, in der Defensive befinde. "Im Kampf gegen die kommunistische Umklammerung auf der einen und das wirtschaft-

liche Chaos auf der anderen Seite, ist es den gemässigten katholischen Parteien gelungen, die führende Rolle zu übernehmen. Nirgendwo offen-

barte sich das deutlicher als in Strassburg, wo die sozialistischen Delegierten nur 31 von insgesamt 101 ausmachten, wenn sie auch in wirt-

schaftlichen Fragen auf die Hilfe von ungefähr sechs Katholiken des linken Flügels rechnen konnten. Wird Deutschland zugelassen, wird sich

die Situation noch weiter verschlechtern."

Die Ursachen sieht Morgan Phillips darin, dass die Sozialisten einen Zweifrontenkampf gegen die alten kapitalistischen Feinde und den

internationalen Kommunismus, "die grösste Gefahr für den Frieden und die Freiheit", zu führen haben. Eine zweite ernste Schwierigkeit für die

Sozialisten liege in der Tatsache, dass sie, selbst als grösste Partei eines Landes, nicht ohne absolute Mehrheit regieren können. Als schwer-

sten Schlag für den Weltsozialismus aber bezeichnet Morgan Phillips die Unterdrückung und Verfolgung einiger der besten sozialistischen Partei-

en Europas durch die Russen. "Wären Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei heute frei, so wären nach meiner festen Überzeugung die sozialisti-

schen Parteien jeweils die stärksten. Wären ausserdem Berlin und die Ostzone frei, so besteht wenig Zweifel, dass die deutsche Bundesregierung

eine sozialistische Mehrheit besässe. Dadurch aber würde das ganze politische Machtverhältnis in Europa geändert. In Strassburg und anderswo

wären nicht die Sozialisten, sondern die christlichen Demokraten in der Defensive und die Chance für eine Lösung der Schwierigkeiten Europas wäre

erheblich besser."

(m/B42/179/2/he)

Ein Urteil über Jakob Kaiser

(sp) Unter den Briefen, die der SPD-Vorstand aus Berlin über das Verhalten des CDU-Politikers Jakob Kaiser erhielt, befindet sich u.a. die Stimme eines CDU-Anhangers aus dem Ostsektor Berlins, dessen Name wir aus begründlichen Gründen geheimhalten müssen. Das Original des Briefes befindet sich in unserem Besitz. In diesem Brief heisst es u.a.:

"Als Mitglied der CDU-Fraktion im Stadtparlament hat Kaiser keine Verdienste um Berlin aufzuweisen. Er gefiel sich in der Pose des Apostels der Einheit von ganz Deutschland. Aber der geistige Schwung und die persönliche Wucht eines Mannes von Format, der in diesem internationalen und innerdeutschen Kampf um die Einheit des Reiches, die einen echten Politiker und Staatsmann auszeichnen, fehlten ihm.

Immerhin erwartete der einfache Mann hinter der Roten Linie, dass ein Politiker, der da proklamiert, dass er für eine Idee kämpfe, ihr

17. September 1949

zumindest treu bleibt, was heisst, seinen Platz nicht verlässt. Aber das war ja gar nicht das Ziel dieses "Politikers". Er will nur eine Rolle spielen, und da sie in Berlin seiner Ansicht nach zu Ende ist, lief er nach dem Westen über. Wir trauern ihm nicht nach, denn der gefallene Mantel zeigt die geistige und politische Leere seines Trägers.

Mit Recht hat im Westen der Vorsitzende der SPD eine deutliche Erklärung über den "Blockpolitiker" Kaiser abgegeben. Dieser Fehler hat nicht nur eine falsche politische Entwicklung begünstigt mit sehr schweren Folgen für die gesamte deutsche Politik, sondern er hat auch viele Opfer und Verluste für die aufrechten Männer und Frauen gebracht, die diesem Block-Politiker in gutem Glauben die Treue gehalten haben. Jetzt hat Herr Jacob Kaiser seine Parteigenossen in Stich gelassen und sendet vom Bundestag fromme Sprüche an die Brüder und Schwestern in der Ostzone und Berlin.

Es möge seiner Partei im Westen überlassen bleiben, ihn gemäss seinen Talenten zu verwenden, im Parlament oder auf einem Ministerstuhl, dem er nachjagt. Nur in einem Falle werden die Ostdeutschen auftreten, nämlich dann, falls dieser Politiker sich die Legitimation nehmen wollte, für das politische Geschehen in u. mit der Ostzone und Berlin sprechen zu wollen oder gar als Minister für die Ostgebiete und Berlin vor dem deutschen Volke aufzutreten." (m/bl/179/2/he)

Der Bundes-Pressechef

(sp) Das ist der Mann, der an jedem Morgen zum Bundeskanzler geht und ihm in einem vielleicht zweistündigen, gut zusammengefassten Vortrag eine Übersicht über die wichtigsten Pressestimmen aus Deutschland und aus der Welt gibt, der ihm also das Echo der deutschen politischen Massnahmen darstellt, der Gesetze, der Reden, die gehalten wurden und der sichtbar gewordenen politischen Entwicklungen in diesem Land. Der so vorgehaltene Spiegel dieser Vorgänge muss und wird natürlich einen verantwortlichen Politiker beeindrucken, der grosse Einfluss des Bundes-Pressechefs dürfte hierdurch genügend deutlich sein. Er geht aber auch zum Bundespräsidenten und hält auch diesem Vortrag. Diese Aufgabe der Information beider sollte in einer Person liegen, dadurch wäre die beste Gewähr gegeben, dass Bundespräsident und Bundeskanzler in gleicher Weise informiert sind, ausreichend und in gleicher Abtönung (womit wir nicht Tendenz meinen).

Die andere Aufgabe des Bundes-Pressechefs ist die der Verhütung. Er hat es mit Zeitgenossen zu tun, die sich zu äussern wünschen, mit Ministern, die ihre Politik vertreten oder verteidigen wollen, mündlich und brieflich und mit Journalisten, die ihre Meinung zu dieser Politik sagen möchten. Mit beiden hat er engste Fühlung zu halten. Beide hat er - von seiner Aufgabe aus gesehen - im Sinne der Politik des Kanzlers, also der Regierung, zu beeinflussen. Manches bittere Wort könnte weniger scharf, manche Forderung eleganter, manche blasse Bemerkung

kung plastischer geformt werden - das alles soll er sehen, spüren, erstreben und vielleicht durchsetzen. Da muss er wohl einmal dem Minister sagen, dass dieser Artikel nicht zweckmässig sei und dem Kanzler sagen, dass jene Bemerkung vor der Presse zu Missdeutungen Anlass geben könne. Er muss mithin ein Mann mit Profil und Gesicht sein, er darf nicht Handwerkzeug in der Hand eines anderen sein, so nötig und unverzichtbar es ist, dass er in bestem Einvernehmen mit seinem Kanzler lebt und dessen Politik die Richtschnur seines Handelns ist.

Das bleibe er auch im Verkehr mit der Presse? Er wird und soll versuchen, sie im Sinne der Politik der Regierung zu beeinflussen, das ist seine Aufgabe. Die Aufgabe der Presse wird es sein, sich eine souveräne (wir meinen nicht widerspenstige) Haltung zu bewahren, in der sie unabhängig ihre eigene, sorgfältig erarbeitete und immer von neuem überprüfte Meinung vertritt. Die engste Beziehung zwischen dem Bundes-Pressechef und einer verantwortungsbewussten Presse, insbesondere auch der der Opposition, ist von ausserordentlicher Bedeutung für die Politik des Bundes nach innen und nach aussen. Ein solches Verhältnis setzt wiederum einen ganzen Mann voraus, einen Politiker von hohen Graden und fundiertem Wissen, von ausgezeichneten Umgangsformen (nicht zu wechseln mit Aalglätte) und von gründlicher Kenntnis der Presse und ihren (auch technischen) Bedingungen und ungeschriebenen Gesetzen.

Von dem Bundes-Pressechef hängt sehr viel ab. Denn er ist der Interpret der Öffentlichkeit gegenüber und der Regierung gegenüber, die die öffentliche Meinung erkennen muss. Jene, die unter Ebert und Hindenburg Pressechefs der Reichsregierung waren, die manchem Kanzler dienten und viele Erfahrungen sammelten, können ungezählte Beispiele ihres Wirkens berichten, aus denen mit letzter Eindringlichkeit klar wird, was diese Position in der Bundesregierung bedeutet, wenn man sie recht begreift und erfüllt.

Dieser Bundes-Pressechef wird gesucht. Wählt sich der neue Bundeskanzler nur einen Mann, der im besten Falle Referent ist, so weiss man, dass er einen Propagandaleiter einsetzte und wird sich entsprechend verhalten müssen. Das dürfte für die deutsche Presse aller Richtungen gelten und für die ausländischen Journalisten nicht minder. Die Bundesregierung muss mit der Berufung eines Pressechefs zugleich bedenken, welche Bedeutung sie der öffentlichen Meinung beimisst, ob sie sie hoch oder gering schätzt, ob sie mit ihr oder auch gegen sie tätig sein wird.

Verantwortlich: Peter Kauneu